



Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Redaktionsschluss 31. Oktober 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Kommission hat ihr neues Arbeitsprogramm für 2019 - das letzte in dieser Legislaturperiode - beschlossen und im Europäischen Parlament vorgestellt.

Für das letzte Jahr ihrer Amtszeit schlägt sie nur noch eine begrenzte Anzahl neuer Initiativen vor. Im Fokus stehen jetzt die vorrangigen, anhängigen Gesetzgebungsverfahren, die von Rat und Parlament noch rechtzeitig vor den Europawahlen angenommen werden sollen.

Das Arbeitsprogramm für 2019 enthält 15 neue Initiativen, von denen 13 nicht-legislativen Charakter haben. Lediglich in Bezug auf den Brexit werden zwei legislative Maßnahmen vorgeschlagen, die erforderlich sind, um den EU-Besitzstand anzupassen.

Rat und Europäischen Parlament haben in den kommenden Monaten dennoch viel zu tun: Bis zur Europawahl Ende Mai 2019 sollen - nach dem Wunsch der Kommission - noch 187 bereits vorgelegte Gesetzgebungsvorschläge angenommen werden.

Näheres dazu erfahren Sie in unserem TOP-Thema.

Eine neue Personalmeldung gibt es aus der Landesvertretung: Seit dem 1. Oktober 2018 unterstützt Lina Sophie Fais die Landesvertretung als Praktikantin bis zum Jahresende. Sie studiert Verwaltungsmanagement an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.

Ihr Team der Landesvertretung



©Banksy

P. S. Zwischenzeitlich liegt der Entwurf einer 585-seitigen Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich über dessen Austritt aus der EU vor. Am 25. November 2018 fand dazu bereits ein Sondergipfel der Staats- und Regierungschef*innen statt.

Unsere Themen im Überblick

| | |
|--|-----------|
| Grußwort | 1 |
| I. TOP-Thema – Arbeitsprogramm der KOM für 2019 | 5 |
| II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp – | 7 |
| 1. Brexit | 7 |
| Rat und EP: Verlegung der EMA und der EBA | 7 |
| 2. Kohäsionspolitik | 8 |
| EuRH: Kritik an Vorschlägen zur Kohäsionspolitik | 8 |
| 3. Inneres | 8 |
| 3.1. KOM: Weitere Soforthilfen für Griechenland..... | 8 |
| 3.2. KOM: Sicherheitsprioritäten..... | 9 |
| 3.3. Rat: Schärfere Vorschriften gegen Geldwäsche..... | 9 |
| 3.4. Rat „Justiz und Inneres“ und Europäischer Rat..... | 9 |
| 3.5. EP: Schengener Informationssystem | 10 |
| 3.6. EP: Verbot von Neonazi-Gruppen in der EU..... | 10 |
| 4. Justiz und Verbraucherschutz | 10 |
| 4.1. EP: Lage der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien..... | 10 |
| 4.2. KOM: Ausbau der Subsidiarität in EU-Politik..... | 11 |
| 4.3. KOM: DSGVO und Türschilder | 11 |
| 4.4. Rat: Neue Regeln für Insolvenzen..... | 11 |
| 4.5. EuGH: Ruhestandsregelung in Polen | 12 |
| 4.6. EuGH: Neue Richterinnen und Richter | 12 |
| 5. Finanzen | 13 |
| 5.1. Rat: Mehrwertsteuer für elektronische Veröffentlichungen | 13 |
| 5.2. Eurojust: Maßnahmen gegen Mehrwertsteuerbetrug | 13 |
| 5.3. KOM: Eindeutige Angaben bei Bankgebühren | 13 |
| 5.4. EZB: Zinsniveau | 14 |
| 6. Wirtschaft und Energie | 14 |
| 6.1. KOM: Aktionsplan zur Europäischen Batterieallianz..... | 14 |
| 6.2. KOM: Aktionsplan für eine neue Bioökonomie..... | 14 |
| 6.3. EuRH: Ziele für CO ₂ -Abscheidung | 15 |
| 6.4. KOM: Fusion von Stahlproduzenten..... | 15 |
| 6.5. EIB: Intelligente Klimalösung bei Heizungen | 15 |
| 7. Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft | 16 |
| 7.1. Rat: Schutz der Biodiversität | 16 |
| 7.2. Rat und EP: Reduktion der CO ₂ -Emissionen für Pkw | 16 |
| 7.3. Rat: GAP-Strategiepläne nach 2020..... | 16 |

| | | |
|-------|---|----|
| 7.4. | KOM: Absatzförderung für Agrar- und Lebensmittel..... | 17 |
| 7.5. | EP: Verbot von Einwegplastik..... | 17 |
| 7.6. | Rat und EP: UN-Klimakonferenz 2018 | 17 |
| 7.7. | EP: Schutz der Erzeuger vor unlauteren Handelspraktiken..... | 18 |
| 7.8. | EP: Antibiotika in Tierställen..... | 18 |
| 8. | Wissenschaft, Forschung und Kultur | 19 |
| 8.1. | EP: Anerkennung von Abschlusszeugnissen..... | 19 |
| 8.2. | KOM: Arbeitsprogramm 2019 - Erasmus+ und EU-Universitäten..... | 19 |
| 8.3. | Rat: Euratom - Forschung und Ausbildung (2019/20) | 19 |
| 8.4. | Rat: „Horizont Europa“ - Missionen und Partnerschaften | 20 |
| 8.5. | Kulturhauptstadt 2025 in Deutschland | 20 |
| 8.6. | KOM: Verzeichnis europäischer Filme | 20 |
| 8.7. | KOM: Ausschreibung im Programm Kreatives Europa..... | 21 |
| 9. | Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie..... | 21 |
| 9.1. | Dreigliedriger Sozialgipfel | 21 |
| 9.2. | KOM: Europäisches Solidaritätskorps | 21 |
| 9.3. | KOM: 50 Jahre Arbeitnehmermobilität in Europa | 22 |
| 9.4. | KOM: Europäischer Tag der Lohngleichheit..... | 22 |
| 9.5. | Rat: Informelles Treffen der Gleichstellungsminister*innen..... | 22 |
| 9.6. | KOM: Vertrauen in Impfungen in der EU | 23 |
| 9.7. | KOM: Gefährliche Chemikalien in Textilien..... | 23 |
| 9.8. | EP und Rat: Schutz vor weiteren krebserregenden Stoffen..... | 24 |
| 9.9. | KOM: Zugang zu Büchern für Sehbehinderte | 24 |
| 10. | Infrastruktur und Landesplanung | 24 |
| 10.1. | KOM: DiscoverEU | 24 |
| 10.2. | Urban Innovative Actions - Aufruf für Projektvorschläge | 25 |
| 10.3. | „Horizont 2020“ - „Smarter together“ | 25 |
| 10.4. | EP: Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge..... | 25 |
| 10.5. | EP: Infrastruktur für alternative Kraftstoffe..... | 26 |
| 10.6. | EP: Standpunkt zu Schiffsabfällen | 26 |
| 10.7. | EP: Bemautung strecken- statt zeitbasiert..... | 26 |
| 10.8. | KOM: EU-Kraftstoffkennzeichnung..... | 26 |
| 10.9. | Rat: Saubere Mobilität | 27 |
| 11. | Verschiedenes..... | 27 |
| 11.1. | Umweltzone in der Region Brüssel..... | 27 |
| 11.2. | EuGH: Umstellung auf papierlose Kommunikation | 28 |
| 11.3. | Eurostat: Europäischer Statistiktage..... | 28 |
| 11.4. | EuGH: Bestandteile von Eierlikör | 28 |

| | | |
|-------------|---|-----------|
| III. | Aktuelles aus der Landesvertretung..... | 29 |
| 1. | Informationsreise des AASGFF nach Brüssel | 29 |
| 2. | Schüler und Schülerinnen des OSZ Oranienburg zu Besuch | 29 |
| IV. | Öffentliche Konsultationen..... | 30 |
| V. | Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung..... | 31 |

I. TOP-Thema – Arbeitsprogramm der KOM für 2019

Die Europäische Kommission (KOM) hat am 23. Oktober 2018 ihr Arbeitsprogramm für 2019 vorgestellt. Darin nennt sie drei Prioritäten für das kommende Jahr:

1. eine rasche Einigung über bereits vorgelegte Legislativvorschläge,
2. die Annahme einer begrenzten Anzahl neuer Initiativen zur Bewältigung der verbleibenden Herausforderungen und
3. mehrere Initiativen für eine EU der 27 Mitgliedstaaten nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs.

Den Schwerpunkt des Arbeitsprogramms bilden (lediglich) 15 neue Initiativen sowie 10 sog. REFIT-Evaluierungen, mit denen geltende Rechtsvorschriften überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass sie weiterhin zweckmäßig sind. Zudem listet das Arbeitsprogramm 45 vorrangige, bereits anhängige Vorschläge auf, die das Europäische Parlament (EP) und der Rat noch vor den Europawahlen annehmen sollten. Die KOM schlägt ferner vor, 17 anhängige Vorschläge oder geltende Rechtsvorschriften zurückzunehmen bzw. aufzuheben.

Die neuen Initiativen sollen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine solide Perspektive für die Zukunft bieten. Die KOM will eine Bestandsaufnahme der Investitionsoffensive für Europa vornehmen und ein Reflexionspapier dazu vorlegen, wie ein nachhaltiges Europa für die kommenden Generationen sichergestellt werden kann. Sie will ferner einen koordinierten Plan zur Entwicklung von künstlicher Intelligenz in Europa voranbringen, einen Aktionsplan gegen Desinformation vorlegen und eine Empfehlung zur Einrichtung einer europäischen elektronischen Patientenakte einbringen. Zudem sollen die noch bestehenden Hindernisse für den Binnenmarkt bewertet und entsprechende Lösungsvorschläge erarbeitet sowie eine Strategie für Chemikalien mit endokriner Wirkung vorgelegt werden. Zur Vollendung der Energieunion und zur Bekämpfung des Klimawandels will die KOM eine Strategie für die langfristige Reduzierung von Treibhausgasemissionen vorlegen und über den Stand der Energieunion und den Aktionsplan für Batterien berichten.

Zudem will sich die KOM für die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in den Bereichen Energie-, Klima-, Steuer- und Sozialpolitik einsetzen, den Rahmen für die Rechtsstaatlichkeit und die internationale Rolle des Euro weiter stärken, über die Fortschritte im Zusammenhang mit der Gegenseitigkeit bei der Befreiung von der Visumpflicht berichten und Ideen für die Initiative „Europa den Menschen vermitteln“ vorstellen.

Schließlich seien Maßnahmen erforderlich, um den EU-Besitzstand in Bezug auf den Brexit anzupassen. Die KOM will die Energieeffizienzziele an die EU-27 anpassen und die erforderlichen Vorschläge für den Visumstatus von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs nach dem Brexit unterbreiten. Des Weiteren will sie vor Ende 2018 eine Reihe von notwendigen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten vorlegen.

Im Einzelnen:

a) **Neue Initiativen (Anhang I des Arbeitsprogrammes)**

Klima, Umwelt und Gesundheit:

- Reflexionspapier „Nachhaltiges Europa“ (Umsetzung UN-Agenda zur nachhaltigen Entwicklung und dem Pariser Klimaabkommen)
- Empfehlung zur Einrichtung eines elektronischen Gesundheitsregisters
- Mitteilung zu endokrinen Disruptoren
- Strategie zur langfristigen CO₂-Reduzierung
- Umsetzungsbericht zur Energieunion
- Aktionsplan Batterien
- Reform der Energie- und Klimapolitik

Brexit (legislativ):

- Anpassung der EU-Energieeffizienzziele im Zusammenhang mit dem Brexit
- Künftiger Umgang mit dem Vereinigten Königreich bei Visaerfordernissen

Institutionelles:

- Stärkung des Rechtstaatlichkeitsverfahrens („Art. 7 Vorverfahren“)
- Strategie zur Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Steuer- und Sozialpolitik
- Mitteilung zur besseren Kommunikation der EU
- Aktionsplan zu Falschinformationen (vor allem mit Blick auf die Wahlen im Mai 2019)

Sonstiges:

- Bestandsaufnahme zum „Juncker-Investitionsplan“ (EFSI)
- Mitteilung zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro
- Mitteilung zum besseren Funktionieren des Binnenmarktes
- Plan zum Thema Künstliche Intelligenz (KI)
- Mitteilung zur Visa-Reziprozität

b) Prioritär umzusetzende, bereits laufende Initiativen (Anhang III)

84 bereits anhängige Gesetzgebungsverfahren will die KOM vorrangig verabschiedet sehen. Diese umfassen alle bereits gesetzten EU-Prioritäten, respektive bereits laufende aktuelle Fragen wie die Arbeiten zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 (MFR).

c) REFIT (Anhang II)

Wie üblich wird eine legislative Überarbeitung für eine Reihe von Rechtsakten (10) vorgeschlagen. Sie soll zur Straffung von Verfahren und zur Entbürokratisierung beitragen. Vorrangig geht es um die Bereiche Luft- und Wasserqualität, Überwachung der Finanzmärkte, Verbraucherkredite sowie die gleiche Entlohnung von Mann und Frau.

d) Rücknahme von Vorschlägen und Aufhebung von Rechtsakten (Anhänge IV und V)

Die KOM listet 10 Vorschläge auf, die wegen Gegenstandslosigkeit zurückgezogen werden sollen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181023-eu-kommission-arbeitsprogramm-2019_de
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018DC0800&qid=1541148952730&from=EN>

II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –

1. Brexit

Rat und EP: Verlegung der EMA und der EBA

Der Rat (Ausschuss der Ständigen Vertreter) hat am 17. Oktober 2018 eine Einigung mit dem EP über den Wortlaut der Verordnungen für die Verlegung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) nach Amsterdam und der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) nach Paris gebilligt. Die beiden Agenturen haben ihren Sitz derzeit in London und müssen als Folge des Brexit umziehen. Am 25. Oktober 2018 hat das EP eine Entschließung angenommen, mit der den Umzügen der beiden Behörden zum 30. März 2019 der Weg geebnet wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/10/17/relocation-of-european-medicines-agency-and-european-banking-authority-agreement-on-the-legal-text/pdf>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6207_de.htm

2. Kohäsionspolitik

EuRH: Kritik an Vorschlägen zur Kohäsionspolitik

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 31. Oktober 2018 eine Stellungnahme zu den Vorschlägen der KOM zur Kohäsionspolitik post 2020 vorgelegt. Die KOM-Vorschläge seien einfacher gestaltet und böten eine höhere Flexibilität. Diese hätten bei angemessener Umsetzung das Potential, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Schwerpunkt von den Inputs auf die Ergebnisse zu verlagern. Gleichwohl kritisiert der EuRH u. a., dass die Regelungen für die Rechenschaftspflicht z. T. in erheblichem Maße abgeschwächt werden. Auch die Konzentration auf fünf übergeordnete Politikziele statt einer Einbindung der Ausgaben in eine unionsweite Strategie wird hinterfragt. Ferner wird kritisiert, dass die KOM den Mitgliedstaaten zusätzliche Verantwortung bei der Verwaltung und Kontrolle der EU-Mittel überträgt. Insgesamt führt der EuRH in seiner Stellungnahme 58 Vorschläge auf, die gemäß seiner Einschätzung zu einer wirksameren und wirtschaftlicheren Kohäsionspolitik führen werden.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INOP18_06/INOP18_06_DE.pdf

3. Inneres

3.1. KOM: Weitere Soforthilfen für Griechenland

Am 10. Oktober 2018 wurden durch die KOM weitere 24,1 Mio. EUR Soforthilfe für die Unterstützung Griechenlands bei der Bewältigung der Migrationsherausforderungen bereitgestellt. Die Gelder gehen an die Internationale Organisation für Migration zur Ermöglichung von kindgerechter Unterbringung, medizinischer und psychologischer Unterstützung, Verpflegung und für Bildungsangebote für bis zu 1.200 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Griechenland. Seit 2015 hat Griechenland somit 1,6 Mio. EUR zur Unterstützung für die sich aus der Migration ergebenden Aufgaben erhalten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181010-griechenland_de

3.2. KOM: Sicherheitsprioritäten

Die KOM hat am 10. Oktober 2018 den 16. Fortschrittsbericht zur EU-Sicherheitsunion vorgelegt. Darin verweist sie auf die bereits erzielten Übereinkommen und die noch ausstehenden Verhandlungen zu weiteren Legislativvorschlägen in den Bereichen Stärkere und Intelligere Informationssysteme für Sicherheit, Grenz- und Migrationsmanagement, Sicherheitserhöhung durch verbessertes Außengrenzenmanagement, Vorbeugung von Radikalisierung sowie Bekämpfung von Internet-Gefahren und Erhöhung der Cybersicherheit.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6064_de.htm

3.3. Rat: Schärfere Vorschriften gegen Geldwäsche

Am 11. Oktober 2018 hat der Rat der EU eine neue Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche angenommen, die neue strafrechtliche Bestimmungen zur Verhinderung des Zugangs zu Finanzmitteln für Kriminelle einführt. Die neue Richtlinie legt u. a. Mindestvorschriften für die Definition von Straftatbeständen und Sanktionen fest, enthält die Möglichkeit, auch juristische Personen für bestimmte Geldwäsche-relevante Aktivitäten zur Verantwortung zu ziehen und beseitigt Hindernisse der grenzüberschreitenden justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit. Nach Veröffentlichung der Richtlinie im Amtsblatt der EU haben die Mitgliedstaaten 24 Monate Zeit zur Umsetzung in nationales Recht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/10/11/new-rules-to-criminalise-money-laundering-activities-adopted/>

3.4. Rat „Justiz und Inneres“ und Europäischer Rat

Der Rat „Justiz und Inneres“ hat am 11. und 12. Oktober 2018 u. a. die Vorschläge der KOM für die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache und für die Überarbeitung der Rückführungsrichtlinie beraten und die Fortsetzung der fachlichen Arbeit vereinbart.

Beim Europäischen Rat am 18. und 19. Oktober 2018 wurden u. a. die Schlussfolgerungen zur inneren Sicherheit angenommen. Dabei wurden u. a. die Verstärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache und die Verstärkung der Bekämpfung aller Formen von Cyberkriminalität, Manipulationen und Desinformationen vereinbart. Der Europäische Rat forderte ferner Maßnahmen zur Vorbeugung von Radikalisierung und Terrorismus und zur wirksamen Reaktion darauf sowie die Bereitstellung der Ressourcen, um neuen Herausforderungen aufgrund von technologischen Entwicklungen entgegenzutreten zu können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2018/10/11-12/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/10/18/>

3.5. EP: Schengener Informationssystem

Das EP hat am 24. Oktober 2018 drei Verordnungsentwürfe zur Verbesserung des Schengener Informationssystems angenommen. Es sollen neue Warnmeldungen zu unbekanntem Personen, die in Verbindung zu schwerer Kriminalität oder Terrorismus stehen und präventive Warnmeldungen bei Kindesentführungen eingeführt werden. Ferner sollen die nationalen Behörden aufgefordert werden, Detailinformationen zu terroristischen Taten mit allen Mitgliedstaaten zu teilen. Weiterhin werden neue Warnmeldungen bezüglich Rückführungsentscheidungen eingeführt, um anderen Mitgliedstaaten Entscheidungen bei einem illegalen Aufenthalt von Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu erleichtern.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16534/strengthening-security-through-an-eu-wide-information-system>

3.6. EP: Verbot von Neonazi-Gruppen in der EU

Mit einer Entschließung vom 25. Oktober 2018 strebt das EP ein Verbot von neofaschistischen und neonazistischen Gruppen durch die Mitgliedstaaten an. Das EP fordert u. a. eigene Polizeieinheiten zur Bekämpfung von Hassverbrechen, durch Politiker und Amtsträger verbreitete Hetze und ungerechtfertigte Schuldzuweisungen nachdrücklich zu verurteilen und zu sanktionieren, gegen jede Form der Leugnung oder Bagatellisierung des Holocaust vorzugehen und Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Fußballstadien zu ergreifen. Das EP schlägt ferner Aussteigerprogramme vor, um Menschen beim Verlassen von militanten neofaschistischen oder neonazistischen Gruppen zu helfen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16527/parlament-will-verbot-von-neofaschistischen-und-neonazi-gruppen-in-der-eu>

4. Justiz und Verbraucherschutz

4.1. EP: Lage der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien

Das EP diskutierte am 3. Oktober 2018 in Anwesenheit der rumänischen Premierministerin Viorica Dăncilă über die jüngsten Justizreformen in Rumänien und ihre Auswirkungen auf die Gewaltenteilung. Das EP hat bereits im Februar letzten Jahres nach massiven Protesten in Rumänien darüber diskutiert, nachdem das rumänische Parlament eine Justizreform und Änderungen der Vorschriften über Interessenkonflikte beschlossen hatte. Auch das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung wurden geändert, aber diese Änderungen werden derzeit vom Verfassungsgericht überprüft. Im letzten Monat gingen wieder Demonstranten auf die Straße, um gegen Korruption und Änderungen des Justizsystems zu protestieren. Die

KOM hatte bereits im Januar vor den Auswirkungen gewarnt, die die erwähnten Änderungen auf die Unabhängigkeit der rumänischen Justiz und ihrer Fähigkeit, die Korruption wirksam zu bekämpfen, haben könnten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180925IPR14315/meps-urges-romania-to-respect-judicial-independence-and-keep-fighting-corruption>

4.2. KOM: Ausbau der Subsidiarität in EU-Politik

Am 23. Oktober 2018 hat die KOM Vorschläge zu einer stärkeren Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit bekannt gegeben. Die EU solle nur eingreifen, wenn hierdurch ein Mehrwert entstehe. Daher wird die KOM ein Subsidiaritätsraster anwenden, nationale Parlamente bei der Fristeinhaltung unterstützen und Möglichkeiten prüfen, die Präsenz lokaler und regionaler Behörden auszubauen. Sie folgt damit den Empfehlungen einer von KOM-Präsident Juncker gegründeten Taskforce. Darüber hinaus hat die KOM anderen europäischen Organen in Bezug auf die Subsidiaritätskonferenz des österreichischen Ratsvorsitzes in Bregenz im November Vorschläge zur Umsetzung dieser Empfehlungen unterbreitet. Verfahren sollen bspw. transparenter gestaltet und lokale und regionale Behörden effektiver in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181023-weniger-aber-effizienter-subsidiaritaet_de

4.3. KOM: DSGVO und Türschilder

Am 18. Oktober 2018 hat die KOM verdeutlicht, dass Namen auf Klingelschildern oder Briefkästen nicht von der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) umfasst werden. Die Verbreitung dieser Meldung in Deutschland und Österreich sei eine Fehlinformation. Vielmehr ist die Angabe der im Gebäude wohnenden Person erforderlich für die Kontaktaufnahme oder die Zustellung von Post. Dieses Prinzip des berechtigten Interesses bildet eine wesentliche Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten, weshalb der Anwendungsbereich der DSGVO nicht eröffnet ist.

https://ec.europa.eu/germany/news/klingelschilder20181019_de

4.4. Rat: Neue Regeln für Insolvenzen

Am 11. Oktober 2018 hat sich der Rat „Justiz und Inneres“ auf effizientere Insolvenzverfahren in der EU geeinigt. Die von der KOM vorgeschlagene Richtlinie enthält gemeinsame Standards für präventive Restrukturierungsmaßnahmen, Regelungen zur Gewährung einer zweiten Chance für Unternehmen und gezielte Maßnahmen, um die Effizienz der Insolvenz-, Restrukturierungs- und Entschuldungsverfahren in allen Mitgliedstaaten zu steigern. Auf-

grund der Richtlinie können Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Umstrukturierung Insolvenzen und Entlassungen vermeiden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181011-insolvenz_de

4.5. EuGH: Ruhestandsregelung in Polen

Mit Entscheidung vom 19. Oktober 2018 gab die Vizepräsidentin des EuGH vorläufig sämtlichen Anträgen der KOM in dem Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes gegen Polen statt, um u. a. die Gefahr eines schweren und nicht wiedergutzumachenden Schadens durch weitere Anwendung des Gesetzes abzuwenden. In Polen trat am 3. April 2018 ein neues Gesetz in Kraft, wodurch das Ruhestandsalter der Richterinnen und Richter am Obersten Gerichtshof auf 65 Jahre gesenkt und die Weiterbeschäftigung einzelner Richter u.a. an eine Genehmigung durch den Präsidenten der Republik Polen gebunden wurde. Dagegen reichte die KOM am 2. Oktober 2018 eine Vertragsverletzungsklage beim EuGH ein und beantragte ein Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes. Nunmehr muss Polen bis zu einer endgültigen Entscheidung unverzüglich und rückwirkend die Anwendung dieser nationalen Bestimmungen aussetzen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-10/cp180159de.pdf>

4.6. EuGH: Neue Richterinnen und Richter

Am 7. Oktober 2018 traten vier neue Richterinnen und Richter ihr Amt am EuGH an: Lucia Serena Rossi (Italien), Irmantas Jarukaitis (Litauen), Peter George Xuereb (Malta) und Nuno José Cardoso da Silva Piçarra (Portugal). Wiederernannt wurde der deutsche Richter Prof. Dr. Thomas von Danwitz zusammen mit 7 weiteren Kolleginnen und Kollegen. Koen Lenaerts (Belgien) ist als Präsident des EuGH wiedergewählt worden. Neue Vizepräsidentin wurde Rosario Silva de Lapuerta (Spanien). Gemäß Erwägungsgrund 11 der Verordnung 2015/2422/EU zur Änderung des Protokolls Nr. 3 über die Satzung des Gerichtshofs der EU hatten sich Rat und EP darauf verständigt, unter Beachtung der in den Verträgen vorgesehenen Bedingungen und Verfahren eine Frau und einen Mann zu wählen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-10/cp180150de.pdf>

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-10/cp180151de.pdf>

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-10/cp180152de.pdf>

5. Finanzen

5.1. Rat: Mehrwertsteuer für elektronische Veröffentlichungen

Der Rat für Wirtschaft und Finanzen hat am 2. Oktober 2018 eine politische Einigung über den Vorschlag der KOM vom 1. Dezember 2016 zur Änderung der Richtlinie in Bezug auf die Mehrwertsteuersätze für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften erzielt. Durch die Richtlinie soll eine Harmonisierung von Mehrwertsteuervorschriften für elektronische und für physische Veröffentlichungen ermöglicht werden. Danach können e- Publikationen, z. B. e-books oder e-Zeitschriften, mit reduzierten Mehrwertsteuersätzen besteuert werden. Der Vorschlag muss vom Rat noch formell angenommen und im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181002-mehrwertsteuer-e-books_de

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/10/02/electronic-publications-council-agrees-to-allow-reduced-vat-rates/pdf>

5.2. Eurojust: Maßnahmen gegen Mehrwertsteuerbetrug

Am 11. Oktober 2018 gab Eurojust, die Einheit für justizielle Zusammenarbeit der EU, bekannt, dass während eines gemeinsamen Aktionstages in 7 Mitgliedstaaten eine internationale Gruppe der organisierten Kriminalität gefasst wurde, die an einem umfangreichen Mehrwertsteuerbetrug mit einem Schaden von mehr als 20 Mio. EUR im Zusammenhang mit dem Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen beteiligt war. Auf Ersuchen der deutschen Behörden wurde die Maßnahme von einer bei Eurojust eingerichteten Koordinierungsstelle unterstützt und führte zur Verhaftung der Hauptverdächtigen. Die Operationen umfassten mehr als 100 Hausdurchsuchungen, insb. in Rumänien und Ungarn sowie zahlreiche Anhörungen von Zeugen und Verdächtigen.

<http://www.eurojust.europa.eu/press/PressReleases/Pages/2018/2018-10-11.aspx>

5.3. KOM: Eindeutige Angaben bei Bankgebühren

Mit Inkrafttreten der EU-Zahlungskostenrichtlinie am 31. Oktober 2018 sind Banken dazu verpflichtet, ihre Kundinnen und Kunden besser über Bankgebühren aufzuklären. Durch ein standardisiertes Entgeltinformationsblatt bei Kontoeröffnung sowie eine kostenfreie, mindestens jährlich erfolgende Gebührenauflistung samt aktuellen Zinssätzen soll die Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher erhöht werden. Durch die neuen Maßnahmen sollen Gebühren besser nachvollzogen und Angebote einfacher verglichen werden können.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181030-bankgebuehren_de

5.4. EZB: Zinsniveau

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 25. Oktober 2018 beschlossen, die Zinsen auf dem derzeitigen Niveau zu belassen. Der Hauptrefinanzierungssatz bleibt bei 0,00%, die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und die Einlagefazilität weiterhin bei -0,4%. Der Rat betonte, dieses Zinsniveau noch bis mindestens Sommer 2019 beizubehalten und bei Bedarf auch darüber hinaus, um das geldpolitische Primärziel der Preisniveaustabilität zu sichern.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2018/html/ecb.mp181025.de.html>

6. Wirtschaft und Energie

6.1. KOM: Aktionsplan zur Europäischen Batterieallianz

Ein Jahr nach Gründung der Europäischen Batterieallianz (EBA) hat die KOM einen Aktionsplan vorgelegt, der Maßnahmen festlegt, die den Mitgliedstaaten, Regionen und europäischen Unternehmen helfen sollen, wettbewerbsfähige, innovative und nachhaltige Projekte für die Batterieproduktion in der EU umzusetzen. Dazu gehören Maßnahmen auf den Gebieten Zugang zu Rohstoffen, Forschung und Innovation, Kompetenzen sowie Rechtsvorschriften, die sicherstellen, dass die in Verkehr gebrachten Batterien nicht nur wettbewerbsfähig, hochwertig und sicher, sondern auch nachhaltig und wiederverwertbar sind. Die Batterieproduktion in Europa sei eine strategische Voraussetzung für den Übergang zu sauberer Energie und für die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie inkl. der Automobilbranche.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6114_de.htm

6.2. KOM: Aktionsplan für eine neue Bioökonomie

Am 11. Oktober 2018 hat die KOM einen Aktionsplan für den Aufbau einer nachhaltigen und kreislaforientierten Bioökonomie vorgestellt. Dieser soll neue Anstöße für Beschäftigung, Wachstum und Produktion geben und insb. die Nachhaltigkeit der Verwendung erneuerbarer Ressourcen fördern. Bis 2030 ist die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze in der Bioökonomie möglich. Die 14 konkreten Maßnahmen sollen bereits 2019 beginnen und richten sich nach den Zielen der Förderung biobasierter Branchen, des schnellen europaweiten Aufbaus der Bioökonomie sowie des Schutzes des Ökosystems samt Ausweitung der Forschung.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6067_de.htm

6.3. EuRH: Ziele für CO₂-Abscheidung

Am 23. Oktober 2018 hat der EuRH einen Bericht über die Aktionen der EU zur Förderung von CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie innovativen erneuerbaren Energien veröffentlicht. Die zwei Förderprogramme „Europäisches Energieprogramm zur Konjunkturbelebung“ (EEPR) und „Reserve für neue Marktteilnehmer“ (NER300-Programm) haben seit ihrer Einführung im Jahr 2009 die hohen Ziele nur teilweise erreicht. In Bezug auf den Vorschlag zu den neuen Investitionsfonds ab 2021 empfiehlt der EuRH der KOM, Umfang, Flexibilität und Koordinierung der EU-Unterstützung auszuweiten und Auswahlverfahren zu verbessern.

https://www.eca.europa.eu/Lists/News/NEWS1810_23/INSR_CCS_DE.pdf

6.4. KOM: Fusion von Stahlproduzenten

Am 30. Oktober 2018 hat die KOM ein eingehendes Verfahren zur geplanten Fusion von Tata Steel und ThyssenKrupp in Bezug auf die Kohlenstoff-Flachstrahl- und Elektrostahlproduktion eingeleitet. Es soll aufklären, ob ein Zusammenschluss dieser im Europäischen Wirtschaftsraum produzierenden Großunternehmen zu einem geringeren Angebot und damit höheren Preisen für die Kunden führt. Nach ihrer ersten Marktuntersuchung äußerte die KOM insb. Sorge für die Automobilindustrie, metallbeschichteten Verpackungsstahl und kornorientierte Elektrobänder. Der Beschluss erfolgt spätestens am 19. März 2019.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6255_de.htm

6.5. EIB: Intelligente Klimälösung bei Heizungen

Am 25. Oktober 2018 hat die Europäische Investitionsbank (EIB) bekannt gegeben, dass sie die Münchener tado GmbH mit einem Kredit i. H. v. 20 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) im Rahmen des Investitionsplans für Europa unterstützt. Die tado GmbH hat internetbasierte, smarte Thermostate für private Haushalte entwickelt, die die Heizleistung nach den Gewohnheiten der Bewohner regulieren und möchte das Angebot und die Vermarktung ausbauen. Europaweit wird die Hälfte des Energiebedarfs zum Heizen und Kühlen benutzt. Die KOM verdeutlicht, dass die Bekämpfung des Klimawandels bei intelligenten und klimaeffizienten Gebäuden beginne und Innovationen wie die der tado GmbH den Übergang zu sauberer Energie für die Bevölkerung spürbar machen.

<http://www.eib.org/de/infocentre/press/releases/all/2018/2018-269-eib-promotes-smart-energy-projects.htm>

7. Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

7.1. Rat: Schutz der Biodiversität

Der Umweltministerrat hat am 9. Oktober 2018 Schlussfolgerungen zu dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), zum Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit und zum Protokoll von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile angenommen. Darin ist der allgemeine politische Rahmen für die Verhandlungsposition der EU auf der 14. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im November 2018 in Ägypten vereinbart. Bei der Umsetzung des Strategieplans für Biodiversität 2011-2020 seien gute Fortschritte erzielt worden.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12948-2018-INIT/de/pdf>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/10/09/biodiversity-council-adopts-conclusions/>

7.2. Rat und EP: Reduktion der CO₂-Emissionen für Pkw

Am 9. Oktober 2018 hat sich der Umweltrat über die Neufassung der CO₂-Normen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge geeinigt. Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoß von neuen Pkw gegenüber den derzeitigen Emissionsgrenzwerten um durchschnittlich 35% gesenkt werden. Die neuen Normen werden Gegenstand der Verhandlungen mit dem EP. Beraten wurde auch über die in der ersten EU-Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge vorgeschlagenen Reduktionsziele für neue Lkw und Busse. Am 18. Oktober schlug der Umweltausschuss des EP u. a. vor, Hersteller von Lastkraftwagen sollten die CO₂-Emissionen um 35% bis zum Jahr 2030 senken. Zudem sollten 50% der neuen Stadtbusse ab 2025 elektrisch betrieben werden. Eine Abstimmung im EP-Plenum ist für November 2018 geplant.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181010-emissionen-neuwagen_de

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20181017IPR16396/environment-committee-meps-push-for-cleaner-trucks-and-electric-buses>

7.3. Rat: GAP-Strategiepläne nach 2020

Die österreichische Ratspräsidentschaft hat am 10. Oktober 2018 einen Bericht zum Stand der Beratungen über den GAP-Vorschlag zu den Strategieplänen vorgelegt. Dieser wurde vom Rat "Landwirtschaft und Fischerei" am 15. Oktober 2018 diskutiert. Dabei standen die im Vorschlag der KOM zur GAP nach 2020 enthaltenen Themen Vereinfachung und Flexibilität für die Mitgliedstaaten im Mittelpunkt. Intensiv diskutiert wurden die von der KOM vorge-

schlagene neue Umweltarchitektur, ihre Verhältnismäßigkeit und die Angemessenheit der vorgeschlagenen Instrumente. Dabei wurde die Bedeutung von Leistungen der GAP für den Umwelt- und Klimaschutz herausgestellt.

<https://www.consilium.europa.eu/media/36723/st13117-en18.pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12892-2018-INIT/DE/pdf>

7.4. KOM: Absatzförderung für Agrar- und Lebensmittel

Die KOM hat am 16. Oktober 2018 die Bereitstellung von 172,5 Mio. EUR aus dem Agrarhaushalt zur Absatzförderung von EU-Erzeugnissen angekündigt. Sowohl Einzelland- als auch Mehrlandprojekte sollen finanzielle Unterstützung erhalten. Mithilfe von 79 Programmen innerhalb der nächsten drei Jahre sollen unter anderem die Qualität und Anbauformen europäischer Produkte bekannt gemacht und so der Absatz in der EU gefördert und neue Absatzmärkte gewonnen werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6124_de.htm

7.5. EP: Verbot von Einwegplastik

Am 24. Oktober 2018 hat das EP mehrheitlich für einen Richtlinienentwurf der KOM über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffartikel auf die Umwelt ab 2021 im Binnenmarkt („Single-Use-Plastics“-Richtlinie) gestimmt. Neben dem Verbot bestimmter Kunststoffartikel, wie Trinkhalme und Einweggeschirr, soll der Konsum von Kunststoffen ohne Alternativen wie Lebensmittelbehälter für Obst, Gemüse und Burger bis 2025 um mindestens 25% reduziert werden. Plastikabfälle von Tabakwaren müssen bis 2025 um 50% und bis 2030 um 80% reduziert werden. Zudem sollen Tabakunternehmen von den Mitgliedstaaten verpflichtet werden, zukünftig für die Kosten der Müllsammlung der durch Tabakwaren entstandenen Plastikabfälle aufzukommen (bspw. Zigarettenfilter aus Kunststoff). Ferner sollen Maßnahmen gegen verlorenes Fischereigerät ergriffen werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16524/plastic-oceans-meps-back-eu-ban-on-throwaway-plastics-by-2021>

7.6. Rat und EP: UN-Klimakonferenz 2018

In Vorbereitung auf die 24. UN-Klimakonferenz (COP24) im Dezember 2018 hat der Rat am 9. Oktober 2018 Schlussfolgerungen zum Klimawandel angenommen. Zum Erreichen der langfristigen Ziele des Pariser Übereinkommens müssen alle Länder ihre Klimaschutzmaßnahmen auch im Einklang mit der nachhaltigen Entwicklung und dem Schutz der biologischen Vielfalt verstärken. Auf der COP24 wird die EU alle Vertragsstaaten nachdrücklich

auffordern, die Vorbereitungen für die Umsetzung ihrer jeweiligen national festgelegten Beiträge zu beschleunigen. Das EP forderte am 25. Oktober 2018 eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 55% bis 2030. Eine Begrenzung der globalen Erderwärmung auf 1,5°C sei erforderlich, um irreversible Auswirkungen der Erderwärmung zu begrenzen. Bezüglich der klimabezogenen Finanzierung stimmte das EP für eine Erhöhung von 20% auf 30% des EU-Budgets.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/10/09/climate-change-council-adopts-conclusions/>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16550/paris-agreement-meps-call-for-stepping-up-eu-climate-commitments>

7.7. EP: Schutz der Erzeuger vor unlauteren Handelspraktiken

Am 25. Oktober 2018 hat das EP Verhandlungen für neue Vorschriften zum Schutz der Erzeuger vor unlauteren Handelspraktiken von Großunternehmen mit dem Rat und der KOM zugestimmt. Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hatte den vom Landwirtschaftsausschuss des Rates ergänzten Vorschlag der KOM zuvor angenommen. Dieser umfasst ein Verbot von verspäteten Zahlungen, kurzfristigen Stornierungen, nachträglichen Vertragsänderungen sowie das Recht der Produzenten auf einen schriftlichen Vertrag und das Abrechnen verdorbener Produkte an Lieferanten. Ein Abschluss der Verhandlungen wird bis Weihnachten angestrebt, sodass die neue Richtlinie noch vor den Europawahlen verabschiedet werden könnte.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181025IPR17307/bekämpfung-unfairer-handelspraktiken-in-der-lebensmittelversorgungskette>

7.8. EP: Antibiotika in Tierställen

Am 25. Oktober 2018 hat das EP eine Verordnung über die Reduzierung der Verwendung von Antibiotika in der Tierzucht verabschiedet. Dieses soll die Übertragung resistenter Keime auf den Menschen über Lebensmittel eindämmen und damit dem Gesundheitsschutz dienen. Leistungsfördernd darf Antibiotika nicht verabreicht werden, vorbeugend nur bei Einzeltieren und nach tierärztlicher Begründung. Auch beim einzelnen Auftreten von Symptomen dürfen solche Mittel in Tiergruppen nur in Ausnahmefällen und bei diagnostizierter Infektion verwendet werden. Die KOM erhält die Befugnis, ausschließlich dem Menschen zu verabreichende Antibiotika festzulegen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181018IPR16526/bekämpfung-der-ausbreitung-der-antibiotikaresistenz-von-tieren-auf-menschen>

8. Wissenschaft, Forschung und Kultur

8.1. EP: Anerkennung von Abschlusszeugnissen

Das EP hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2018 eine Entschließung zur Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Abschlusszeugnissen angenommen. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, in Einklang mit den Zielen des Europäischen Bildungsraumes Verfahren für die automatische gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen und Abschlüssen der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland einzurichten. Ferner sollen die Mitgliedstaaten ein Kooperationsverfahren im Bereich der allgemeinen und beruflichen Sekundarbildung auf den Weg bringen, das die Transparenz zwischen den verschiedenen Bildungssystemen fördert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0437+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

8.2. KOM: Arbeitsprogramm 2019 - Erasmus+ und EU-Universitäten

Am 24. Oktober 2018 hat die KOM im Rahmen ihres Arbeitsprogrammes 2019 ein aktualisiertes Programm „Erasmus+“ vorgelegt und eine entsprechende Aufforderung zur Einreichung von Anträgen veröffentlicht. Eine wesentliche Neuerung ist die Einrichtung eines Modellversuches zu Europäischen Hochschulen. Solche nach dem Bottom-up-Prinzip einzurichtenden Hochschulverbände sollen es Studierenden ermöglichen, durch eine Kombination von Studien in mehreren Mitgliedstaaten Studienabschlüsse zu erwerben. Es können bis zu sechs Verbände gefördert werden, die aus mindestens drei Hochschulen bestehen. Insgesamt stehen 30 Mio. EUR zur Verfügung (EU-Kofinanzierung bis zu 80%). Die Frist für die Einreichung von Anträgen endet am 28. Februar 2019.

https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/sites/erasmusplus2/files/c-2018-6572_en.pdf

https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/documents/erasmus-programme-guide-2019_en

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:C2018/384/04>

<https://eu.daad.de/infos-fuer-hochschulen/programmlinien/foerderung-von-hochschulkooperationen/europaeische-hochschulen/de/66020-europaeische-hochschulen/>

8.3. Rat: Euratom - Forschung und Ausbildung (2019/20)

Der Rat hat am 15. Oktober 2018 die Verordnung über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019-2020) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020 und zur Aufhebung der Verordnung (Euratom) Nr. 1314/2013 des Rates verabschiedet. Die Finanzausstattung beträgt 770 Mio.

EUR, darunter (rund) 350 Mio. EUR für indirekte Maßnahmen für das Fusionsforschungs- und -entwicklungsprogramm, 152 Mio. EUR für indirekte Maßnahmen im Bereich Kernspaltung, nukleare Sicherheit und Strahlenschutz und 269 Mio. EUR für direkte Maßnahmen.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12431-2018-INIT/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12551-2018-ADD-1/de/pdf>

8.4. Rat: „Horizont Europa“ - Missionen und Partnerschaften

Bei einem informellen Treffen am 15. Oktober 2018 haben die Forschungsministerinnen und -minister die Forschungs- und Innovationsmissionen sowie die großen Partnerschaftsinitiativen von Horizont Europa zu erörtern. Dem Vernehmen nach reduzierten die Mitgliedstaaten die Liste der KOM auf (vorerst) 5 Missionen:

- Digitalisierung (speziell der erste Quantum Computer in Europa),
- Gesundheit (speziell die Heilung von Krebserkrankungen bei Kindern),
- „sauberes Europa“ (speziell die Beseitigung von Plastikmüll in Gewässern),
- Lebensmittel (speziell CO₂-neutrale Städte mit sauberer Luft) und
- Landwirtschaft (speziell die Wiederherstellung der Bodengesundheit).

<https://www.eu2018.at/de/latest-news/news/10-15-Horizon-Europe--Next-steps-for-Missions-and-Partnerships.html>

8.5. Kulturhauptstadt 2025 in Deutschland

Bis zum 30. September 2019 können sich interessierte deutsche Städte zu dem nationalen Auswahlverfahren bei der Kulturstiftung der Länder einschreiben. Eine Jury wird im Herbst 2020 ihren Favoriten benennen. Deutschland stellt 2025 zum 4. Mal eine Kulturhauptstadt Europas. Das deutsche Pendant wird aus Slowenien kommen. Die Titelträger erhalten den Melina-Mercouri-Preis i. H. v. 1,5 Mio. EUR. Seit 1985 möchte die EU mit dieser Initiative die kulturelle Vielseitigkeit betonen, das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und den Preisträgern Aufmerksamkeit verleihen.

<https://www.kulturstiftung.de/trashed/>

https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/actions/capitals-culture_de

8.6. KOM: Verzeichnis europäischer Filme

Aus Anlass des ‚Marché International du Film Classique‘ in Lyon hat die KOM am 18. Oktober 2018 den Prototyp eines Verzeichnisses europäischer Filme vorgestellt – eine Leitinitiative der Strategie #Digital4Culture, die auch Teil des Europäischen Kulturerbejahres 2018 ist. Dieses neue Verzeichnis, das mit Unterstützung der Europäischen Audiovisuellen Informati-

onsstelle auf den Weg gebracht wurde, hält Informationen über europäische Filme und ihre Verfügbarkeit in Video-on-Demand-Diensten (VoD) in allen Mitgliedstaaten bereit.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6134_de.htm

8.7. KOM: Ausschreibung im Programm Kreatives Europa

Am 16. Oktober 2018 wurden die neuen Ausschreibungsunterlagen für kleine und große Kooperationsprojekte veröffentlicht (Programmvolumen: 44 Mio. EUR). Die Kooperationsprojekte sollen dazu beitragen, die europäische Kultur- und Kreativbranche international handlungsfähiger zu machen, die grenzüberschreitende Verbreitung kultureller Werke zu unterstützen und die Nutzung digitaler Technologien zu erproben. Bei den kleinen Kooperationsprojekten ist eine Zusammenarbeit von Organisationen aus mindestens 3 Ländern erforderlich und ein Zuschuss von maximal 200.000 EUR, bei den großen Kooperationsprojekten sind es 6 Länder und bis zu 2 Mio. EUR Zuschuss möglich. Einsendeschluss für Projektanträge ist der 11. Dezember 2018.

https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe/funding/support-european-cooperation-projects-2019_en

https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/call_notice_eacea_34_2018_coop_2019_081018_de.pdf

9. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

9.1. Dreigliedriger Sozialgipfel

Am 16. Oktober 2018 fand in Brüssel der zweimal jährlich veranstaltete dreigliedrige Sozialgipfel, ein Forum für Dialog zwischen den Präsidenten der EU-Organe und den führenden Vertreter/innen der europäischen Sozialpartner, statt. Im Mittelpunkt des Austausches standen das Potenzial der digitalen Revolution für Arbeitsmärkte und die Wirtschaft, die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und der nächste MFR einschließlich InvestEU, ESF+ und der Vertiefung der WWU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/10/16/>

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-6122_de.htm

9.2. KOM: Europäisches Solidaritätskorps

Am 5. Oktober 2018 trat die Verordnung zur Bereitstellung einer Rechtsgrundlage und eines eigenen Haushaltes für das Europäische Solidaritätskorps (ESK) in Kraft. Bis 2020 stehen

dem ESK 340 Mio. EUR für Projekte zur Hilfe für Menschen und Gemeinschaften in Not zur Verfügung. Für mindestens 100.000 junge Menschen können längere individuelle Freiwilligentätigkeiten, Praktika und berufliche Tätigkeiten in Solidaritätsprojekten gefördert werden. Förderungen sind auch für Kurzzeitprojekte von Organisationen mit einem entsprechenden Qualitätssiegel und Gruppen junger Menschen, die solidarische Vorhaben umsetzen wollen und im ESK-Portal registriert sind, möglich.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181004-solidaritaetskorps-neue-projekte_de

9.3. KOM: 50 Jahre Arbeitnehmermobilität in Europa

Mit einer Kampagne hat die KOM am 22. Oktober 2018 den 60. Jahrestag der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und den 50. Jahrestag des EU-Gesetzes zur Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefeiert. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit sind Grundpfeiler der Europäischen Integration. Im Jahr 2017 lebten oder arbeiteten 17 Mio. Europäerinnen und Europäer in einem anderen Mitgliedstaat.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181022-meilenstein-eu-integration-50-jahre-arbeitnehmermobilitaet_de

9.4. KOM: Europäischer Tag der Lohngleichheit

Anlässlich des Tages der Lohngleichheit (dem 3. November 2018) veröffentlichte die KOM am 26. Oktober 2018 Daten zum Lohngefälle zwischen Frauen und Männern in der EU. Im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte hat die KOM Maßnahmen ergriffen, um erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige in die Lage zu versetzen, ihre berufliche Entwicklung voranzutreiben und gleichzeitig ihre Familien zu betreuen. Dennoch arbeiten Frauen in der EU ab dem 3. November 2018 bis Ende des Jahres „umsonst“, da ihr Bruttostundenlohn im Schnitt 16,2% unter dem der Männer liegt - in Deutschland 21,5%.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181026-lohngleichheit-deutschland-schlusslicht_de
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/aid_development_cooperation_fundamental_rights/eq_ualpayday-eu-factsheets-2018_de.pdf

9.5. Rat: Informelles Treffen der Gleichstellungsminister*innen

Bei einem informellen Treffen der Gleichstellungsministerinnen und -minister am 12. Oktober 2018 wurde eine gemeinsame Deklaration zu „Gender Equality as a Priority of the European Union today and in the future“ unterzeichnet, um das Thema Geschlechtergerechtigkeit auf der politischen Agenda der EU zu stärken. Der österreichische Ratsvorsitz hatte diese Dekla-

ration gemeinsam mit Estland und Bulgarien (Trio-Präsidentschaft) vorgelegt, die auch von weiteren Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde.

<https://www.eu2018.at/de/latest-news/news/10-12-Federal-Minister-Bogner-Strau---Making-Gender-Equality-Visible-on-the-EU-s-Agenda.html>

<https://www.vlada.cz/assets/ppov/rovne-prilezitosti-zen-a-muzu/dokumenty/Declaration-trio.pdf>

9.6. KOM: Vertrauen in Impfungen in der EU

Die KOM hat am 23. Oktober 2018 einen Bericht vorgelegt, der das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit und Wirksamkeit von Impfungen in allen 28 Mitgliedstaaten sowie das Vertrauen in Impfungen unter Allgemeinmediziner/innen in 10 Mitgliedstaaten bewertet. Danach hat in einer Reihe von Mitgliedstaaten – darunter Frankreich, Griechenland, Italien und Slowenien – das Vertrauen in die Sicherheit von Impfungen seit 2015 zugenommen, während eine Abnahme des Vertrauens in Tschechien, Finnland, Polen und Schweden festzustellen sei. Generell hätten junge Erwachsene weniger Vertrauen in Impfungen als ältere Bevölkerungsgruppen. Ein weiterer Bericht, der vom Europäischen Observatorium für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik im Auftrag der KOM erstellt wurde, befasst sich mit der Organisation des Impfwesens in den Gesundheitssystemen der Mitgliedstaaten. Der Bericht geht dabei insb. der Frage nach, welche Schritte die Mitgliedstaaten im Hinblick auf durch Impfung vermeidbare Erkrankungen bereits ergriffen haben und welche Verbesserungen noch erzielt werden könnten.

https://ec.europa.eu/health/vaccination/overview_de

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-6180_en.htm

9.7. KOM: Gefährliche Chemikalien in Textilien

Die KOM hat am 10. Oktober 2018 für 33 chemische Stoffe, die als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend eingestuft sind und die in Bekleidung, Schuhen und anderen Textilien verwendet werden, neue Höchstwerte beschlossen. Produkte, die diese Grenzwerte überschreiten, dürfen nicht mehr unabhängig vom Produktionsursprung in der EU in den Verkehr gebracht werden. Die neuen Beschränkungen werden in die bestehende REACH-Verordnung (Verordnung für Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien) aufgenommen. Sie treten 24 Monate nach der Veröffentlichung der Verordnung im Amtsblatt der EU in Kraft.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181010-chemikalien_de

9.8. EP und Rat: Schutz vor weiteren krebserregenden Stoffen

Am 11. Oktober 2018 einigten sich EP und Rat auf einen Vorschlag der KOM, weitere 8 Stoffe, einschließlich Dieselaabgase, in die Liste der chemischen Stoffe am Arbeitsplatz, die als krebserregend anerkannt sind, aufzunehmen. Die Einigung muss noch von den Ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten bestätigt und im EP muss darüber abgestimmt werden. Mit der Erweiterung der Liste werden Beschäftigte in der chemischen Industrie, der Metall- und Automobilindustrie, im Hafensektor und der Logistik sowie Berufskraftfahrerinnen und -fahrer und Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter besser geschützt, da dann für diese Stoffe europaweit einheitliche Grenzwerte gelten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181011-gesundheitsschutz_de

9.9. KOM: Zugang zu Büchern für Sehbehinderte

Bücher, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse in Blindenschrift oder anderen Formaten für blinde und sehbehinderte Menschen werden in der gesamten EU leichter zugänglich. Neue Vorschriften, die am 12. Oktober in Kraft getreten sind, regeln die verbindliche und EU-weite Ausnahme von den Urheberrechtsvorschriften. Die EU hat die Ratifizierung des völkerrechtlichen Vertrages von Marrakesch am 1. Oktober 2018 abgeschlossen. Der Vertrag von Marrakesch wurde 2013 von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) verabschiedet und erleichtert für blinde, sehbehinderte oder sonst lesebehinderte Menschen den Zugang zu veröffentlichten Werken. Er trat am 30. September 2016 in Kraft.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181012-sehbehinderte_de

10. Infrastruktur und Landesplanung

10.1. KOM: DiscoverEU

Ab dem 29. November 2018 bekommen 18-Jährige eine weitere Chance, Europa zu erkunden. In der nächsten Bewerbungsrunde zu DiscoverEU vom 29. November bis zum 11. Dezember 2018 vergibt die KOM 12.000 Tickets. In der ersten Bewerbungsrunde (Juni 2018) hatten sich aus Deutschland knapp 20.000 junge Menschen beworben, 2.427 konnten teilnehmen. Europaweit gab es mehr als 100.000 Bewerbungen; rund 15.000 junge Menschen erhielten einen Travel-Pass.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181017-discovereu_de

10.2. Urban Innovative Actions - Aufruf für Projektvorschläge

In dem Programm zur Förderung von stadtentwicklungspolitischen Innovationsprojekten, „Urban Innovative Actions“, wurde am 15. Oktober 2018 der vierte Aufruf gestartet (Programmvolumen: 100 Mio. EUR). Das Programm fördert Projekte, in denen innovative und experimentelle Lösungen für Probleme und Herausforderungen in europäischen Städten erarbeitet werden. Es richtet sich an Städte mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern oder entsprechende Verbünde. Projektvorschläge können bis zum 31. Januar 2019 eingereicht werden. Für den vierten Aufruf wurden folgende Themen benannt: Digitaler Wandel, nachhaltige Landnutzung und naturbasierte Lösungen, städtische Armut und städtische Sicherheit.

<https://www.uia-initiative.eu/en/call-proposals>

10.3. „Horizont 2020“ - „Smarter together“

„Smarter together“ ist ein multi-nationales EU-Projekt, das tragfähige Modelle für die Städte von morgen entwickeln möchte. Finanziert wird es aus dem EU-Forschungsförderprogramm „Horizont 2020“. Es vereint 30 Partner aus 8 Ländern aus den verschiedensten Bereichen, um experimentelle Lösungen für fünf Schlüsselfelder zu finden: bürgerschaftliches Engagement, erneuerbare Energien, ganzheitliche Erneuerung, smart data und E-Mobilität. Die Innovationen werden in 3 Leuchtturmstädten (Lyon, München, Wien) und in 3 „Nachfolgestädten“ (Santiago de Compostela, Sofia, Venedig) erprobt. Städte, die von den Projektergebnissen profitieren wollen, können um Aufnahme in den projekteigenen „Club of Cities“ bitten.

<https://www.smarter-together.eu/de>

10.4. EP: Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge

Das EP hat am 25. Oktober 2018 seinen Standpunkt zu dem Vorschlag für eine Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Fahrzeuge festgelegt. Es unterstützt die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Richtlinie auf andere Beschaffungsformen als den Kauf von Fahrzeugen, d. h. Leasing, Miete und Mietkauf von Fahrzeugen sowie auf Aufträge für öffentliche Verkehrsdienste, die Personensonderbeförderung, die Bedarfspersonenbeförderung und die Anmietung von Bussen und Reisebussen einschließlich von Fahrern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0424+0+DOC+PDF+V0//DE>

10.5. EP: Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

In seiner EntschlieÙung vom 25. Oktober 2018 hat das EP die Mitteilung der KOM über den Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe begrüÙt. Es fordert die KOM jedoch auf, eine Überarbeitung der Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe vorzulegen und dabei die derzeitige Bestimmung des Begriffs „alternative Kraftstoffe“ beizubehalten sowie den Schwerpunkt auf die ordnungsgemäÙe Umsetzung zu legen, um die Lücken in der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der gesamten EU zu schließen. Nur 8 von 25 Mitgliedstaaten haben sie bislang vollständig umgesetzt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0438+0+DOC+PDF+V0//DE>

10.6. EP: Standpunkt zu Schiffsabfällen

Das Plenum des EP hat am 25. Oktober 2018 den Standpunkt des Verkehrsausschusses für Verhandlungen mit dem Rat über die Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen, zur Aufhebung der Richtlinie 2000/59/EG und zur Änderung der Richtlinien 2009/16/EG und 2010/65/EU gebilligt.

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/infos-details.html?id=16201&type=Flash>
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A8-2018-0326+0+DOC+PDF+V0//DE>

10.7. EP: Bemaufung strecken- statt zeitbasiert

Das EP hat am 25. Oktober 2018 mehrheitlich dafür gestimmt, EU-Regeln für die Bemaufung von LKWs, Vans, Bussen und PKWs einzuführen. Mautgebühren sollen zukünftig nur noch auf Basis der zurückgelegten Strecke erhoben werden können. Zeitabhängige Vignetten sollen für LKWs, Busse und Vans bis 2027 abgeschafft werden. Für PKWs soll diesbezüglich eine Ausnahme gelten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2018-10-22/7/strassen-maut-streckenbezogene-abgabe-statt-vignette>
<https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/summary.do?id=1559307&t=e&l=en>

10.8. KOM: EU-Kraftstoffkennzeichnung

Damit Autofahrerinnen und Autofahrer schnell erkennen, welcher Kraftstoff in welchen Tank gehört und welche Kraftstoffe umweltfreundlich sind, hat die EU am 12. Oktober 2018 einheitliche Kennzeichnungen eingeführt. Die neuen Kraftstofflabel sind seitdem EU-weit an

Zapfsäulen und -pistolen zu finden. Auch für neu hergestellte Fahrzeuge sind die Etiketten ab sofort obligatorisch und werden auf den Tankdeckeln angebracht.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6101_de.htm

10.9. Rat: Saubere Mobilität

Bei einem informellen Treffen am 30. Oktober 2018 haben die Ministerinnen und Minister für Umwelt und Verkehr die Grazer Deklaration verabschiedet. Darin werden die Mitgliedstaaten und die KOM aufgefordert, Maßnahmen für eine saubere Mobilität rascher umzusetzen, um die Gesundheit und Lebensqualität der europäischen Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Regionen nachhaltig zu verbessern. Themen der „Grazer Deklaration“ sind: Saubere Fahrzeuge – schnelle Einführung von emissionsfreien Fahrzeugen und Optionen für erneuerbare Kraftstoffe, Mobilitätsmanagement und –planung, aktive Mobilität zur Förderung der Gesundheit und der Nachhaltigkeit, sichere und inklusive Mobilität, Multimodalität und Infrastruktur.

<https://www.eu2018.at/de/latest-news/news/10-30-Meeting-of-environment-and-transport-ministers-was-dedicated-to-sustainable-mobility.html>

<https://www.eu2018.at/de/calendar-events/political-events/BMVI-2018-10-29-Informal-ENVI-TTE.html>

11. Verschiedenes

11.1. Umweltzone in der Region Brüssel

Seit dem 1. Januar 2018 gilt in der Hauptstadtregion Brüssel eine Umweltzone, um die Luftqualität zu verbessern und damit die allgemeine Gesundheit zu fördern. Für die Fahrt in der Umweltzone ist seit dem 1. August 2018 eine Registrierung des Fahrzeugs erforderlich. Diese ist kostenlos und erfolgt online (<https://lez.brussels/en>); eine Plakette ist nicht erforderlich. Seit dem 1. Oktober 2018 droht Fahrzeughalterinnen und -haltern, deren Fahrzeuge ohne Registrierung in Brüssel unterwegs sind, nunmehr ein Bußgeld bis zu 350 EUR. Eine vergleichbare Umweltzone gilt bereits seit dem 1. Februar 2017 in Antwerpen.

<https://www.adac.de/der-adac/rechtsberatung/verkehrsvorschriften/ausland/umweltzonen-belgien/>

<https://www.lez-belgium.be/de/info-menue/die-umweltzonen/bruessel-lez.html>

11.2. EuGH: Umstellung auf papierlose Kommunikation

Ab dem 1. Dezember 2018 wird der Dokumentenaustausch zwischen den Parteien, dem Gericht und dem EuGH ausschließlich elektronisch über die Informatikanwendung „e-Curia“ erfolgen. Künftig ist die Anwendung für alle Parteien und in allen Verfahrensarten verpflichtend. Ausnahmen, etwa bei technischer Unmöglichkeit, sind zulässig.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-10/cp180157de.pdf>

11.3. Eurostat: Europäischer Statistiktage

Am 20. Oktober 2018 fand der dritte Europäische Statistiktage des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) statt. Gerade in Zeiten immer häufiger auftretender Fake News und Desinformationen werde der Wert amtlicher Statistiken für die Gesellschaft immer bedeutender. Am Statistiktage veröffentlichte Eurostat eine Reihe neuer und aktualisierter Veröffentlichungen. „Schlüsseldaten über Europa - Statistiken illustriert“ enthält bspw. Schlüsselstatistiken der EU, die Entwicklungen in den Bereichen Menschen, Gesellschaft, Wirtschaft, Unternehmen sowie Umwelt und natürliche Ressourcen erfassen. Mit dem Statistiktage fiel zudem der Startschuss für Bewerbungen des zweiten Europäischen Statistikwettbewerbs für Schülerinnen und Schüler, welchen Eurostat mit 15 nationalen Statistikbehörden veranstaltet.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9317160/1-19102018-AP-DE.pdf/f8af8b03-9d3b-46ca-9bfd-79d6a8b3d3cb>

11.4. EuGH: Bestandteile von Eierlikör

Der EuGH ist in seinem Urteil vom 25. Oktober 2018 zu dem Schluss gekommen, dass Nr. 41 des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 zur Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Etikettierung von Spirituosen sowie zum Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (EU-Spirituose-Verordnung) dahin auszulegen ist, dass eine Spirituose nur dann die Verkehrsbezeichnung „Eierlikör“ führen darf, wenn sie keine anderen als die in dieser Bestimmung genannten Bestandteile enthält. Somit darf ein Produkt, welches zusätzlich Milch enthält, nicht die Bezeichnung „Eierlikör“ führen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=207006&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2452555>

III. Aktuelles aus der Landesvertretung

1. Informationsreise des AASGFF nach Brüssel

Unter Leitung der Vorsitzenden Sylvia Lehmann unternahm der Ausschuss des Landtages für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (AASGFF) am 17. Oktober 2018 eine Informationsreise nach Brüssel. Die Leiterin Kontakt- und Informationsstelle des Landtages und der Leiter der Landesvertretung gaben den



Abgeordneten einen Überblick über die derzeitigen europäischen Entwicklungen. Anschließend berichteten Vertreter/innen der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der KOM über die aktuelle und zukünftige Finanzierung des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie über den Stand der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Da-



nach traf sich der Ausschuss mit Herrn Christian Staat aus dem Kabinett von Kommissar Oettinger zu einem Arbeitsessen, verbunden mit einem Austausch über den zukünftigen EU-Haushalt sowie über die Zusammenarbeit der Regionalparlamente mit der EU. Den Abschluss der in der Landesvertretung geführten Gespräche bildete ein Dialog mit den vier Brandenburger Europaabgeordneten Dr. Christian Ehler, Ska Keller, Susanne Melior

und Helmut Scholz, über aktuelle europapolitische Themen wie den Brexit, den MFR oder die Gemeinsame Agrarpolitik sowie deren Auswirkungen für Brandenburg. Begleitet wurde der Ausschuss von zwei Beschäftigten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

2. Schüler und Schülerinnen des OSZ Oranienburg zu Besuch

Am 18. November 2018 besuchten 22 Schülerinnen und Schüler des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums aus Oranienburg mit ihrem Lehrer die Landesvertretung. Sie erhielten einen Einblick in die Arbeit und die Aufgaben der Landesvertretung und diskutierten mit der Finanzreferentin und einer Praktikantin über deren berufliche und persönliche Erfahrungen in Brüssel. Organisiert wurde das fünftägige Bildungsseminar in Bonn und Brüssel durch die Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e. V.. In Brüssel stand ferner ein Besuch des EP und der KOM auf dem Programm.

IV. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im Oktober eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: https://ec.europa.eu/info/consultations_de.

- [Das Single-Window-Umfeld der EU für den Zoll](#)
Themen: Zoll
Konsultationszeitraum: 09. Oktober 2018 – 16. Januar 2019
- [Amendment of the Regulation on the European Institute of Innovation and Technology \(EIT\)](#)
Themen: Allgemeine berufliche Bildung, Forschung und Innovation
Konsultationszeitraum: 10. Oktober 2018 – 05. Dezember 2019
- [Evaluation of the legislation on medicines for children and rare diseases \(medicines for special populations\)](#)
Themen: Öffentliches Gesundheitswesen
Konsultationszeitraum: 12. Oktober 2018 – 04. Januar 2019
- [Consultation on the establishment of the annual priority lists for the development of network codes and guidelines for 2019 and beyond](#)
Themen: Energie
Konsultationszeitraum: 15. Oktober 2018 – 25. Januar 2019
- [Öffentliche Konsultation zur Empfehlung für vernetzte und automatisierte Mobilität \(CAM\)](#)
Themen: Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Konsultationszeitraum: 24. Oktober 2018 – 04. Dezember 2018

V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

| | |
|---|------------------------|
| Dr. Marcus Wenig – Leiter (Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen) | Tel.: 0032 2 737 74 50 |
| Birgit Urban – stellvertretende/r Leiter/in (Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik) | Tel.: 0032 2 737 74 63 |
| Marion Maurer (Finanzen; Arbeit und Soziales) | Tel.: 0032 2 737 74 62 |
| Jens Hammerschmidt (Inneres, Kommunales) | Tel.: 0032 2 737 74 56 |
| Christina Schlawe (Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur) | Tel.: 0032 2 737 74 64 |
| Katrin Gericke (Ländliche Entwicklung, Umwelt, Landwirtschaft) | Tel.: 0032 2 737 7465 |
| Claudia A. Lehmann (Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika) | Tel.: 0032 2 737 74 58 |
| Peggy Navarro (Büroassistentin) | Tel.: 0032 2 737 74 52 |
| Fritz Lehmann (Hausmeister, Fahrer) | Tel.: 0032 2 737 74 61 |

Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU
Rue Joseph II / Jozef II straat 108
B- 1000 Brüssel

Telefon: 0032 2 737 74 51

Fax: 0032 2 737 74 69

E-Mail: poststelle@eulv.brandenburg.de

Web: www.eulv.brandenburg.de